

Rundbrief Nr. 109

März 2001

Inhalt

1. Einladung zur Mitgliederversammlung - Tagesordnung
 2. Zusammenkunft des Vorstands mit dem neuen Koordinator für deutsche Personalpolitik im Auswärtigen Amt
 3. Neues aus dem CERN:
 - CERN-Rat beschliesst Pflegeversicherung
 - Zuschuss zur CERN-Krankenversicherung für Bezieher einer BfA-Rente
 4. Jahresbericht des IMF: deutscher Personalanteil in den letzten 20 Jahren deutlich gestiegen
 5. Bericht über Kontakte mit Arbeitskreisen (Bangkok und New York)
 6. Presseschau:
 - „Die Lücke zwischen Wirklichkeit und Weltniveau“ (Frankfurter Rundschau)
 - „Mehr UN-Aufträge für die deutsche Wirtschaft“ (Frankfurter Allgemeine)
 - Anlage: Teilnahmebestätigung/Vollmacht für die Mitgliederversammlung
-

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit diesem Rundbrief möchte Sie der Vorstand herzlich einladen zur

25. Ordentlichen Mitgliederversammlung.

Die Jubiläumssitzung findet statt am **Montag, den 14. Mai 2001, um 17.30 Uhr**, im Internationalen Arbeitsamt (Bureau International du Travail), Route des Morillons 4, **Saal V, R.3 -Süd**, in Genf.

Wir würden uns über Ihre Teilnahme sehr freuen. Ein zahlreiches Erscheinen bekundet Ihr Interesse an der Arbeit des Verbandes und gibt Ihnen auch die Möglichkeit, die Verbandstätigkeit *aktiv mitzugestalten*. Darüber hinaus zeigt Ihre Teilnahme unseren Gästen von der Ständigen Vertretung und dem Auswärtigen Amt, *dass sich der Verband auf eine breite Mitgliederbasis stützt, deren Interessen der Vorstand vertritt*.

Das Jubiläum bietet sich an, den gegenwärtigen Vorstandsmitgliedern, technischen Beisitzern und allen aktiven Mitgliedern für ihren solidarischen Beitrag zur Verbandsarbeit zu danken.

Der Vorstand würde es gern sehen, wenn in Zukunft mehr Mitglieder die Verbandsarbeit mitgestalten. Wir stehen Anregungen, auch was eine Neuausrichtung der Verbandsarbeit angeht und auch Kritik, jederzeit offen gegenüber, wenn diese konstruktiv und hilfreich sind. Nur so können wir unser Netzwerk stärken und die Vertretung berechtigter Interessen gegenüber deutschen Stellen mit Nachdruck geltend machen.

Ein wichtiger Punkt der Mitgliederversammlung ist die Neuwahl des Vorstandes. Bei der Mitgliederversammlung werden die Namen der Mitglieder bekannt gegeben, die sich für die Wahl in den Vorstand zur Verfügung stellen wollen. Ich möchte hiermit alle Mitglieder auffordern, die ein Interesse haben, in den Vorstand gewählt zu werden, ihre Kandidatur bis zum 30. April 2001 dem Sekretariat des Verbandes mitzuteilen.

Ich hoffe, möglichst viele von Ihnen auf der Versammlung am 14. Mai persönlich begrüßen zu können und verbleibe

mit herzlichen Grüßen

Ihr

Klaus Haftendorn

Vorläufige Tagesordnung der Mitgliederversammlung

1. Begrüßung durch den Vorsitzenden
2. Wahl des Versammlungsleiters
3. Annahme der Tagesordnung
4. Grußadresse des Botschafters
5. 25 Jahre VDBIO - Rückblick und Perspektiven

Diskussion mit den Mitgliedern, Vertretern des Auswärtigen Amtes und geladenen Gästen

6. Die Arbeit des VDBIO:

- a) Jahresbericht des Vorstands
- b) Aussprache über den Bericht und das weitere Aktionsprogramm

7. Haushalt:

- a) Bilanz 2000 und Bericht der Rechnungsprüfer
- b) Entlastung des Vorstands
- c) Haushaltsplan 2001

8. Neuwahl des Vorstands

9. Benennung der Rechnungsprüfer

10. Verschiedenes

Im Anschluss an die Mitgliederversammlung, die gegen 20 Uhr beendet sein wird, lädt Herr Generalkonsul Flittner zu einem Empfang in seiner Residenz ein.

Wichtig: Nach Artikel 7 der VDBIO-Satzung haben verhinderte Mitglieder die Möglichkeit, ihr Stimmrecht durch schriftliche Bevollmächtigung eines bei der Mitgliederversammlung anwesenden Mitgliedes auszuüben. **Machen Sie bitte in jedem Fall von Ihrem Stimmrecht Gebrauch!**

In der Anlage zu diesem Rundbrief finden Sie eine Teilnahmebestätigung bzw. Vollmacht. Wir bitten Sie, uns den entsprechenden Teil ausgefüllt zurückzusenden.

Zusammenkunft des Vorstands mit dem neuen Koordinator für deutsche Personalpolitik im AA

Am 5. März 2001 trafen sich der Vorstandsvorsitzende und mehrere VDBIO-Mitglieder mit dem neuen Koordinator für deutsche Personalpolitik im AA, Botschafter Dr. Matei I. Hoffmann. Damit bekleidet der Koordinator zum ersten Mal eine Stabsstelle, die direkt einem Staatssekretär unterstellt ist, was dieser Funktion sicherlich mehr Gewicht gibt als dies in der Vergangenheit mit ähnlichen, aber niedriger im Rang angesiedelten Funktionen der Fall war. An der Zusammenkunft nahmen auch der deutsche Botschafter in Genf und der für die deutsche Personalpolitik in Genf zuständige Generalkonsul teil.

Botschafter Hoffmann bestätigte in seinen Ausführungen, dass seine Funktion eine Aufwertung innerhalb des Auswärtigen Amtes erhalten habe, wobei allerdings das Problem der Koordination der Ministerien auch in dieser Konstellation fortbestehe. Es gebe zwar eine übergeordnete Koordinationsstelle im Kanzleramt in Form der sog. Steinmeier-Runde, die intensivere Arbeit als ihre Vorgängerin unter der alten Regierung, die sog. Nehring-Runde, leiste, allerdings fast ausschließlich im Bereich der Spitzenfunktionen, die in der EU und den internationalen Wirtschafts- und Währungsinstitutionen zu besetzen sind. Damit bleibt offensichtlich das VN-System weiterhin im personalpolitischen Abseits, was das Kanzleramt angeht.

Botschafter Hoffmann berichtete von einer Modifizierung der Entsenderichtlinien und sagte zu, dem Vorstand deren Neufassung zu übermitteln. Er berichtete auch von ersten Sondierungen, die darauf zielen, bei der Krankenversicherung nach dem Arbeitsplatzwechsel in eine internationale Organisation einen neuen Ansatz zu finden. Er verwies zudem auf die fortlaufende Überbrückungsbeihilfe von 110,- DM pro Tag (maximal 2 mal drei Monate) für arbeitslose Deutsche nach Ausscheiden aus dem internationalen Dienst, von der allerdings eine eventuelle Abfindungszahlung der internationalen Organisation abgezogen wird.

Er *sieht* seine Funktion darin, bestehende *Mechanismen* und Akteure der deutschen internationalen Personalpolitik wie APIO, BFIO, gtz und den VDBIO besser in ein gemeinsames Netzwerk einzubinden. Dies entspricht den ehrgeizigen Zielen des VDBIO-Vorstandes.

Problematisch, so Botschafter Hoffmann, sei der Mangel an qualifizierten Kandidaten in Deutschland. Beim letzten Auswahlverfahren der VN sei das Potential nicht voll ausgeschöpft worden, da es nur 145 Kandidaten bei potentiell 500 zugelassenen Bewerbern gegeben habe. Der öffentliche Dienst in Deutschland absorbiere eben bereits viele qualifizierte Kräfte. Eine gute Vorbereitung für den internationalen Dienst böten die Studienstiftung des Deutschen Volkes und die Robert-Bosch-Stiftung mit ihrem Vorbereitungsprogramm für eine Tätigkeit in internationalen Organisationen und das DIE.

Bei der EU sehe es im Rat und im Parlament gut aus, dort sei Deutschland bereits die Nr.1, nicht hingegen in der Kommission. Ein EU-Vorbereitungsprogramm des AA soll hier Abhilfe

schaffen. Im VN-System strebe Deutschland eine Position in der Mitte des “desirable range” an.

Klaus Haftendorn stellte das Positionspapier des VDBIO vor, das wir im Anhang zu diesem Beitrag abdrucken. *Auch wurden von Seiten des Vorstandes eine Reihe von Massnahmen vorgestellt, die kurz-, mittel- oder langfristig Einfluss auf die Personalsituation haben können.* Es wurde auch der konkrete Vorschlag gemacht, mit der Bildung von Netzwerken konkret auf der Ebene der deutschen Vertretungen/Botschaften zu beginnen, indem sich die zuständigen Referenten und Kontakte des VDBIO in den jeweiligen Organisationen regelmäßig treffen.

In der Diskussion wurde auch die “Pensionslücke” der entsandten Beamten angesprochen, die durch unterschiedliche Ruhestandsaltersgrenzen in Deutschland und den internationalen Organisationen entsteht. Das Europäische Patentamt hat hier offensichtlich eine beispielhafte Lösung durch eine Übertragung entstandener Ansprüche gefunden.

Positionspapier des VDBIO

Der VDBIO wurde vor 25 Jahren aufgrund einer Initiative der in Genf tätigen deutschen Beschäftigten in internationalen Organisationen des VN-Systems gegründet, um deren Rechte als deutsche Staatsbürger gegenüber der jeweiligen Bundesregierung vertreten zu können.

Der VDBIO versteht sich als kompetenter Gesprächspartner in Fragen der VN- Politik gegenüber Parlament und Regierung in Deutschland.

Derzeit sind 700 Mitglieder im VDBIO organisiert, die bei den Vereinten Nationen und ihren Unterorganisationen, Sonderorganisationen, sowie Weltbank, IMF, internationalen Entwicklungsbanken, CERN tätig sind bzw tätig waren.

Die Bundesregierung sollte ein großes Interesse an einer guten qualitativen und quantitativen Präsenz Deutscher in Internationalen Organisationen haben, und zwar auf allen Ebenen, um deutsche Positionen in der VN-Politik wirksam innerhalb der Organisationen vertreten zu können.

Wie die letzten Statistiken zeigen, schneidet der deutsche Personalanteil von ca. 700 Deutschen im P-Bereich (1998: 3,95%) des VN-Systems im Verhältnis zu den Finanzierungsbeiträgen Deutschlands von knapp 10% schlecht ab. Zwischen 1990 und 1998 ging der deutsche Personalanteil um rund 9 % zurück.

Die Gründe hierfür sind vielfältig und sollen hier nur kurz aufgelistet werden:

- ❖...Verlust von Rechten als Deutsche, da eine VN-Tätigkeit die Wohnsitzverlagerung ins Ausland zu einem ausländischen Arbeitgeber nach sich zieht und mit einer Auswanderung gleichzusetzen ist;
- ❖...Unsicherer Arbeitsplatz und unzureichende Wiedereingliederungshilfen in den deutschen Arbeitsmarkt;
- ❖...durchschnittliche, in Weichwährungsländern eher unterdurchschnittliche Bezahlung, seit über 10 Jahren keine realen Gehaltssteigerungen im VN-System sowie Beschäftigungsverbot/-probleme für Ehefrauen;
- ❖...bessere Gehälter in Deutschland, sowohl als Beamter als auch in der Industrie, doppeltes Einkommen durch berufstätige Ehefrau möglich;
- ❖...unzureichende Lebensbedingungen für die Familie in Entwicklungsländern.

- ❖...Geringe Karriereaussichten innerhalb der Organisationen durch
 - Stellenabbau in vielen Organisationen,
 - erhebliche Konkurrenz durch andere Nationalitäten, die besser von ihrer Regierung unterstützt werden, sowie Bewerbungen von Quereinsteigern aus deutschen Behörden/Ministerien.

Der VDBIO fordert die Bundesregierung auf, eine der Bedeutung des VN-Systems angemessene VN-Politik, insbesondere im Personalbereich, zu entwickeln, bei der die Verbesserung der arbeitsrechtlichen und sozialen Absicherung sowie der Gehaltsstrukturen und eine Karriereförderung auf allen Ebenen und für alle deutschen Beschäftigten, die in ihrer großen Mehrheit keine entsandten Beamten sind, eine entscheidende Rolle spielen.

Der VDBIO begrüßt die Maßnahme der Bundesregierung, die Koordinierungsstelle für Internationales Personal, KIP im AA personalmäßig zu stärken und dem Staatssekretär direkt zu unterstellen. Eine wirksame Koordination setzt allerdings voraus, daß ein Mechanismus geschaffen wird (z.B. eine Staatssekretärsrunde), der es erlaubt, den Fachministerien Weisungen zu erteilen.

Neues aus dem CERN:

CERN-Rat beschließt Pflegeversicherung

An seiner Dezembersitzung hat der CERN-Rat die Einführung einer Pflegeversicherung für das Personal und die CERN-Pensionäre beschlossen. Dank der intensiven Vorarbeiten einer Arbeitsgruppe konnte die Pflegeversicherung bereits am 1.01.2001 in Kraft treten, wenn auch praktische Details erst bis Mitte des Jahres ausgearbeitet sein werden. Aktuelle Pflegefälle werden aber bereits seit Anfang des Jahres im Rahmen einer Übergangsregelung behandelt.

Die CERN-Pflegeversicherung wird von der bestehenden Krankenkasse UNIQA abgewickelt. Dabei bleiben die Leistungen der üblichen medizinischen Versorgung (in der Regel Kostenerstattung von 90%) von der Einführung der Pflegeversicherung unberührt, denn diese betrifft paramedizinische Behandlungen wie Physiotherapie und Heilgymnastik sowie die häusliche oder die Heimpflege. Wie in Deutschland gibt es auch bei der CERN-Pflegeversicherung drei Stufen, die als Leicht, Mittel und Schwer bezeichnet werden. Die Leistungen werden in Schweizer Franken wie folgt erbracht:

Stufe der Pflegeversicherung	Leicht	Mittel	Schwer
Paramedizinische Behandlung: CHF im Monat	1000	1500	2500
Haus- oder Heimpflege: CHF pro Tag	34	51	85

Wie auch die CERN-Krankenversicherung beruht die Pflegeversicherung auf der Solidarität der Arbeitenden mit den Pensionären, für die die Wahrscheinlichkeit, ein Pflegefall zu werden, naturgemäß größer ist. Die Finanzierung trägt diesem Umstand Rechnung. So zahlen die CERN-Mitarbeiter einen Beitrag, der 0,6% des letzten Basisgehalts beträgt, während Pensionäre zwischen 1,0 und 1,3% ihres letzten

Basisgebhalts zur Pflegeversicherung entrichten. Da die Pflegeversicherung Teil der umfassenden medizinischen Versorgung ist, müssen Beiträge dazu von allen Mitgliedern der UNIQA Krankenkasse entrichtet werden.

Eine Schwierigkeit tritt bei der Feststellung und Anerkennung einer Pflegebedürftigkeit besonders in Fällen von Pensionären, die etwa in ihr Heimatland zurückgekehrt sind, auf. Hier ist vorgesehen, dass ein von CERN bestimmter Experte zunächst mit dem behandelnden Arzt in Kontakt tritt. Anschließend soll eine Kommission mit medizinischen Fachleuten und solchen aus dem sozialen Bereich nach eingehender Prüfung der Fälle die Höhe der Pflegestufe festlegen.

Falls eine Person bereits in einem staatlichen System ihres Heimatlandes pflichtpflegeversichert ist, kann diese nicht von den Leistungen beider Versicherungen profitieren. Damit ist es für CERN-Pensionäre interessant, bei ihrer Rückkehr nach Deutschland nicht in der gesetzlichen Pflegeversicherung pflichtig zu werden, zumal Leistungen aus der gesetzlichen Versicherung im Gegensatz zur CERN-Versicherung erst nach einer Wartezeit von mehreren Jahren nach Eintritt gewährt werden.

Manfred Höfert

Zuschuss zur CERN-Krankenversicherung für Bezieher einer BfA-Rente

Viele deutsche CERN-Pensionäre, die gleichzeitig eine Rente der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) beziehen, haben in der Vergangenheit einen finanziellen Zuschuss zur privaten Krankenversicherung (KV) mit der CERN-Krankenversicherung UNIQA (früher AUSTRIA) bei der BfA beantragt. Dieser Zuschuss, der nach § 106 des VI. Sozialgesetzbuchs (SGB VI) jedem Rentner in Deutschland, der in der gesetzlichen oder in einer privaten Versicherung krankenversichert ist, zusteht, beträgt z. Zt. 6,8% der ausgezahlten Rente.

Die Anträge von CERN-Pensionären auf Zuschuss zur Krankenversicherung wurden in der Vergangenheit mit der Begründung einer Zahlungssperre nach § 111 SGB VI abgelehnt. Diese Sperre gilt, wenn eine Versicherungsgesellschaft, die eine private KV anbietet, nicht der deutschen Versicherungsaufsicht unterliegt. Auch mir wurde bei meinem Rentenantrag ein Zuschuss zur KV zunächst abgelehnt. Ich habe gegen diesen Bescheid Widerspruch eingelegt mit der Begründung, dass es sich bei der UNIQA (AUSTRIA) um eine private KV handelt, die mit Sitz in Wien der Aufsicht eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union (EU) unterliegt. Unter dieser Voraussetzung kann es nach deutschem Recht zur Zahlung eines Beitragszuschusses kommen. Nach neun Monaten! bekam ich nun eine verblüffende, doch positive Antwort:

"Bedienstete/Pensionäre der CERN haben nach Art. 18 und 19 der Statuten des CERN-eigenen Krankenversicherungssystems einen Krankenversicherungsschutz.

Zur Realisierung desselben hat die CERN einen Gruppenversicherungsvertrag mit der Austria Versicherung AG abgeschlossen, über die allein die Durchführung des Versicherungsschutzes sichergestellt wird. Der Leistungsanspruch der Bediensteten/Pensionäre besteht daher allein gegenüber der CERN.

Bei diesem Krankenversicherungsschutz für Bedienstete/Pensionäre und deren Familienangehörigen der CERN liegt eine Krankenversicherung bei einem privaten KV-Unternehmen vor, die Grundlage für die Zahlung eines Zuschusses zur Krankenversicherung nach § 106 SGB VI sein kann.

Das CERN-eigene Krankenversicherungssystem ist als der schweizerischen Versicherungsaufsicht unterliegend anzusehen.

Somit kann daher für Sie ein Zuschuß zur Krankenversicherung nach 106 SGB VI gezahlt werden."

Verblüffend ist an der Antwort, dass sich die BfA in ihrer positiven Argumentation auf die zwischenstaatlichen Regelungen mit der Schweiz bezieht. Danach setzt der Anspruch auf Zuschuss zu einer privaten KV voraus, dass für den Rentner kein schweizerisches KV-Obligatorium besteht. Seit dem 1.01.1996 unterliegt aber grundsätzlich jeder Einwohner der Schweiz diesem KV-Obligatorium, von dem auf Gesuch jedoch "ehemalige Beamte und Beamtinnen internationaler Organisationen sowie deren Familienangehörige" ausdrücklich ausgenommen sind.

Es ist also zu empfehlen, dass ehemalige deutsche CERN-Mitarbeiter und Bezieher einer BfA-Rente den finanziellen Zuschuss zur KV erneut einfordern, zumal da wie in meinem Falle davon auszugehen ist, dass zurückliegende Ansprüche nachgezahlt werden.

Bezüglich eines Zuschusses zur der neu bei CERN eingeführten (privaten) Pflegeversicherung teilte die BfA mir mit, dass ein Versicherungszwang nur auf dem Staatsgebiet der Bundesrepublik Deutschland besteht und Leistungen aus einer deutschen Pflegeversicherung auch nur in Deutschland erbracht werden. Ein Rentner mit gewöhnlichem Aufenthalt im Ausland ist jedoch nicht verpflichtet, einen Pflegeversicherungsvertrag nach deutschem Recht abzuschließen. Das Fehlen der innerstaatlichen deutschen Versicherungspflicht verhindert, daß für die Dauer des gewöhnlichen Aufenthalts im Ausland ein Anspruch auf den Zuschuß zu einer "privaten" Pflegeversicherung nach 106a SGB VI besteht. *You can't have everything!*

Manfred Höfert

Aus dem nachfolgendem Auszug aus dem Jahresbericht des IWF können wir eine für Deutsche erfreuliche Personalentwicklung entnehmen. Leider entspricht die Gesamtentwicklung im VN-System und den Entwicklungsbanken nicht diesem Trend,

so ging der deutsche Personalanteil im Zeitraum zwischen 1990 und 1998 um rund 9 Prozent zurück.

Jahresbericht des IWF: deutscher Personalanteil in den letzten 20 Jahren deutlich gestiegen

Der Jahresbericht des Internationalen Währungsfonds (IWF) für das Jahr 2000 erschien vor kurzem unter dem Titel "Making the Global Economy Work for All". Mit diesem Motto signalisiert der IWF grössere Flexibilität in seinen Zielvorgaben und verbessert damit auch die Möglichkeit fruchtbarer Kooperation mit anderen Organisationen. Diese zunehmende Offenheit in der Berücksichtigung der sozialen Dimension der Globalisierung ist eine Folge der politischen Widerstände, die von den negativen Aspekten der Globalisierung ausgelöst wurden.

Ich möchte es bei dieser allgemeinen Bemerkung zum Inhalt des Berichts und dem politischen Kurs des IWF belassen. Für den VDBIO ist das Kapitel über "Mitarbeiter und Haushalt" besonders interessant. Dies gilt insbesondere für zwei positive Trends in bezug auf Beschäftigung und Gehälter des IWF, die in den meisten anderen internationalen Organisationen im VN-System und im CERN leider nicht in dieser Form feststellbar sind.

Der deutsche Personalanteil ist im IWF seit 1980 von 3,7% auf 5,0 % im Jahre 1999 gestiegen (1990 arbeiteten 4,3 % Deutsche im IWF). Damit liegt der deutsche Anteil zum ersten Mal höher als der französische, der 1999 bei 4,7%, 1980 aber noch bei 6,9% lag. Auch der britische Anteil ging im gleichen Zeitraum von 8,2% auf 6,6% zurück. Der japanische Personalanteil ist mit 1,6% sehr niedrig. Die Vereinigten Staaten lagen in den letzten 20 Jahren konstant bei etwas über 25%.

Die zweite gute Nachricht: die Beschäftigten des IWF erhielten im Jahre 2000 eine Gehaltserhöhung von 4,1 %, wobei für 2001 ein weiterer Anstieg von 4,5 % vorgesehen ist. Damit haben die IWF-Beschäftigten reale Einkommenszuwächse, die den VN-Beschäftigten seit Jahren verweigert werden.

Dies führt dazu, daß VN-Organisationen, die sich aufgrund ihres unterschiedlichen Gehaltssystems mit deutlich niedrigeren Bezügen zufriedengeben müssen, zu diversen "Tricks" greifen müssen, wenn sie z.B. hochqualifizierte Volkswirte aus den

Industrieländern gewinnen wollen (siehe dazu den Bericht über die ILO, die eine Einstellung von hochkarätigen Fachkräften auf der D 1 - Ebene ermöglichte, im vorletzten Rundbrief, Nr. 107).

Dass mit Horst Köhler seit Mai 2000 auch noch ein Deutscher an der Spitze der Organisation steht, krönt das positive Bild der deutschen Personalbeteiligung. Natürlich sollte man die Statistik weiter aufgliedern und nachsehen, wie es im Mittelbau und beim Nachwuchs aussieht. Doch hierzu sind die Angaben im Jahresbericht zu allgemein gehalten. Dennoch muss man anerkennen, dass diese Angaben, in einem allgemein leicht zugänglichen Bericht, die IWF-Administration transparenter für den aussenstehenden Betrachter machen. Manch andere Organisation könnte sich daran ein Beispiel nehmen.

Hans von Rohland

Kontakte mit den Arbeitskreisen

Im Rahmen einer Dienstreise nach Thailand traf Vorstandsmitglied Hans Willmann am 23. Januar den **Arbeitskreis Bangkok**. Bei einem Arbeitsessen in der 'ESCAP' wurde unter anderem über eine Verbesserung und Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Gesamtvorstand und Arbeitskreisen gesprochen.

Der Vorstand ist beim 'follow-up' der Verbandsanliegen in Berlin und Bonn sowohl auf Themenvorgaben zu aktuellen und vorrangigen Anliegen im 'Feld' als auch auf Rückmeldung aus den Arbeitskreisen angewiesen, um als Sprachrohr aller Verbandsmitglieder effektiv bleiben zu können. Ein treffendes Beispiel für die Notwendigkeit einer Verbesserung der Kommunikation zwischen Vorstand und Mitgliederschaft (idealerweise über die Schiene der AKs) ist die Anfrage in der Dezemberausgabe des Rundbriefes nach Präferenzen in Bezug auf den Austragungsort der 25. Mitgliederversammlung im Frühjahr gewesen: Berlin oder, wie bisher, in Genf? Lediglich eine einzige Antwort hierzu ging ein...

Auf der anderen Seite steht das Interesse und Verlangen vieler Mitglieder, über die Rundbriefe hinaus mehr über die konkrete Arbeit des Verbandes zu erfahren. Im Hinblick auf die verbandsinterne Kommunikation liegt einiges im Argen, das dringend verbesserungsbedürftig erscheint - die seit 3 Jahren (wenn auch nur langsam) rückläufigen Mitgliederzahlen sind ein deutlicher Hinweis darauf, daß der Gesamtverband sowohl die Hauptanliegen unserer Arbeit an sich, als auch deren Präsentation nach außen *und* innen überdenken muß. Die 25. Mitgliederversammlung bietet hierfür einen idealen Anlaß. Auch bei einem Treffen zwischen Hans Willmann und dem **Arbeitskreis New York** am 20. Februar kam das Thema der internen Kommunikation zur Sprache. An einem 'brown-bag-lunch' im Sekretariatsgebäude, an dem auch neue Mitglieder bzw.

interessierte Nicht-Mitglieder teilnahmen, wurde unter anderem betont, daß wenn der Verband auch für junge VN Mitarbeiter attraktiv sein oder bleiben soll (JPOs, Interns, short-term-contractors' consultants, General Service staff) vor allem das interne Netzwerk funktionieren muß. Dieses bezieht sich beileibe nicht nur auf das frühzeitige Aufmerksam-Machen auf Vakanzen und andere stellenrelevante Informationen, sondern sollte viel allgemeiner und zugleich umfassender als ein "mentoring" durch erfahrene Kollegen gegenüber Neuen im 'System' aufgefaßt werden - etwas, was für viele andere Nationalitäten eine vollkommene Selbstverständlichkeit zu sein scheint.

Hans Willmann

Wenn wir einen Beitrag zur Schließung der "Lücke zwischen Wirklichkeit und Weltniveau" (siehe den nachfolgenden Artikel) leisten wollen, brauchen wir nicht nur aktivere Gesprächspartner in Berlin und in den deutschen Auslandsvertretungen, sondern auch engagierte Kontaktleute in unseren eigenen Reihen, die sich in ihren jeweiligen Organisationen auskennen.

Aus der Presse:

**Die Lücke zwischen Wirklichkeit und Weltniveau
Berlin betont die internationale Rolle,
aber richtig vorbereitet ist der diplomatische Apparat
noch nicht darauf**

Gibt es für einen deutschen Diplomaten eine bedeutendere Aufgabe als Krisenmanagement auf dem Balkan? Es gibt sie, und sie lautet: Krisenmanagement zu Hause. Matei Hoffmann ist einer, der diesen Aufstieg gerade hinter sich hat. Er war einer der Stellvertreter des Hohen Repräsentanten der internationalen Gemeinschaft in Sarajewo und mitten drin im schwierigen Balkangeschäft, bei dem auch Kanzlerberater Michael Steiner Erfahrungen sammelte. Jetzt ist Hoffmann frisch installierter „Koordinator für internationale Personalpolitik im Auswärtigen Amt“. Er soll dafür

sorgen, die Deutschen im Wettlauf um die internationalen Jobs endlich so gut abschneiden, wie es ihrem aussenpolitischen Selbstbild entspricht.

Das Problem bei diesem speziellen Auftrag ist die Tatsache, dass bisher alles Jammern nichts half. Die Berliner sind schlecht auf eine grössere internationale Rolle vorbereitet, und deutsche Kandidaten haben oft Qualifikationsprobleme. Hoffmann hat sich als Erstes den nächsten grossen Einstellungsschub bei der EU zur Aufgabe gemacht. 400 Jobs („die letzte große Welle vor der Osterweiterung“) sind dort in nächster Zukunft an Neueinsteiger zu vergeben. Das Auswärtige Amt wirbt bundesweit um „Leute, die was zu bieten haben“, möglichst nicht nur aus dem öffentlichen Dienst. Hoffmann schreibt Briefe an alle Hochschulen, sogar an den Deutschen Frauenrat. Er bietet Betreuung und Training für das Auswahlverfahren der EU an, hofft auf 1500 Bewerbungen - und am Ende möglichst mehr als jenen 16,6-Prozent-Anteil bei den Einstellungen, den deutsche Bewerber bei der letzten Ausschreibungsrunde erreicht hatten.

In Zeiten, in denen das „politische Gewicht“ bis hin zum Anspruch auf einen ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat ausgereizt werden soll, scheinen die Defizite beim personellen Gewicht besonders zu schmerzen. 12,3 Prozent des Personals bei der EU sind laut einer Auflistung des Auswärtigen Amtes Deutsche, aber Berlin bezahlt 26,4 Prozent des EU-Etats. Beim UN-Sekretariat in New York sind 5,1 Prozent deutscher Personalanteil registriert (derzeit 123 Mitarbeiter, 148 sind nach dem „Sollstellenrahmen“ vorgesehen), 9,8 Prozent bei den Kosten. Ob Währungsfonds, Nato oder Europarat: Immer ist das Verhältnis ähnlich, nur bei der OSZE in Wien ist die Relation im Lot.

Dass dieses altbekannte Problem plötzlich als so drängend empfunden wird, zeigt einerseits ein verändertes Selbstbild: Die Deutschen sagen im Zeichen neuer „Normalität“ offen wie nie zuvor, dass sie gerne mitmischen würden, bei Neueinstellungen wie bei den Kandidaturen erfahrener Diplomaten für die wichtigeren Positionen. „Besser spät als nie“, meint Koordinator Hoffmann - und erklärt die „Kritik der Öffentlichkeit“ (auch die ist in dieser Form neu) am alten Missverhältnis für „teilweise fundiert“. Andererseits begann längst auch das Grübeln darüber, warum es eigentlich so schwer ist, im internationalen Wettbewerb mitzuhalten. An vielen Ecken und Enden wird deshalb im Aussenamt überlegt, wie der Abstand zum Weltniveau zu verringern wäre.

Neue Flexibilität ist gefragt beim eingefahrenen Diplomatenapparat, der nur halb so gross ist wie der, den die Aussenminister in Paris und London zur Verfügung haben. Bis hin zu den wenigen politiknahen „Denkfabriken“ hat er mit rigider Sparpolitik zu kämpfen. Eliteschulen wie die grossen westlichen Nachbarn haben (und wollen bisher) die Deutschen nicht. Zudem sind ihre Allround-Diplomaten viel weniger spezialisiert. Für Beamte war die Bewerbung ins Ausland bislang sogar alles andere als karrierefördernd, eher war ein Auslandsjob eine Art Abstellgleis - was sich nur langsam ändert.

Der Apparat sucht nun auch konzeptionell neue Offenheit. Im Planungsstab wird an einem „Frühwarnkonzept“ gebastelt, um im nächsten Krisenfall vielleicht auch mal „vor der Welle“ zu schwimmen statt nur hinterher. Zur Lage in Kolumbien gab es deshalb husintern ein Expertenseminar, vorbeugend wegen chronischer Krisengefahr. Indonesien und Kongo gelten gleichfalls als Krisenkandidaten. Man kann, so die Erkenntnis, nicht zu allen Weltthemen gleichzeitig auf dem neuesten Stand sein. Erst recht nicht so schnell, wie es nötig ist, sobald weltweit operierende Fernsehsender eine unerwartete Krise wie die Überschwemmungen in Mosambik in die Wohnzimmer transportieren und der

Aussenminister bei Statements zu diesem Thema eine gute Figur machen soll. Die Politikplanung will nun versuchen, das Medienbild richtig vorherzusagen.

Der Abstand zwischen Wunsch und Wirklichkeit zeigt sich sogar an den Reformen bei der Ausbildung für die Jobs im Aussenamt selbst. Ausgerechnet Volkswirte sind besonders gesucht, bei denen die Bewerbungszahlen nur noch halb so hoch sind wie früher - wegen deutlich besserer Verdienstaussichten in der Wirtschaft. Die Ausbildung soll künftig schneller als bislang abgeschlossen sein. Generell ändert sich das ehemals fest gefügte Berufsbild von Diplomaten als diskretem Kontaktbeamten zwischen Staatsapparaten. Das ist altmodisch. Der Diplomat als Dienstleister braucht Telefon- und Schaltertraining für Stress-Situationen wie zum Beispiel bei grossem Andrang in der Visaabteilung. „Kommunikationsfähig nach innen und nach aussen“ (ein Chefausbilder) wird gepredigt. Was tun, wenn „eine Horde Journalisten“ vor dem Botschaftsgebäude im Gastland steht? Der moderne Diplomat darf keinesfalls vor laufender Kamera eines Fernseheteams nervös werden.

Sepp Wälker ist so ein Botschafter neuen Stils. Nach dem Erdbeben in El Salvador hat er die Rolle des „Auslandsreporters“ nicht gescheut. „Eloquent und hemdsärmelig“ (genau situationsangemessen, wie man in Berlin findet) stand Sepp Wälker vor der ZDF-Kamera, hinter sich die Häusertrümmer, und bot das gewünschte Bild vom zupackenden deutschen Vertreter. Ganz unsentimental, vom Konzept her betrachtet, war es ein glücklicher Augenblick inmitten all des Unglücks. Der Diplomat als aktueller Fernsehstar, der normalerweise das rechte Deutschlandbild im Gastland vermitteln soll, hat in solchen speziellen Krisensituationen sogar noch unter Kontrolle, welche Botschaft über die Lage in El Salvador zu Hause auf dem Bildschirm ankommt.

„Wir haben nicht viele, die das können“, lobt die Zentrale. Was bedeutet, dass ein Teil des Problems auch darin liegt, dass deutsche Diplomaten immer noch viel zu viel Diplomaten sind.

Frankfurter Rundschau, 5.2.01

„Mehr UN-Aufträge für die deutsche Wirtschaft“

Deutsche Unternehmen sind gemessen am Gewicht der deutschen Wirtschaft noch unzureichend an den Beschaffungen und Ausrüstungen der Vereinten (UN) und ihrer Organisationen beteiligt. Vom 23. bis 27. April 2001 findet erstmals in Deutschland die Jahreskonferenz der UN-Beschaffer statt. Damit wird der deutschen Wirtschaft die Möglichkeit gegeben, mit den 50 Chefeinkäufern der UN in Deutschland in direkten geschäftlichen Kontakt zu treten. Über 130 Unternehmen wollen in Bonn ihre Waren und Dienstleistungen präsentieren. Mit einem Volumen von umgerechnet 7 Milliarden DM gehören die Vereinten Nationen zu den grössten Einkäufern in der Welt. Dabei liegt Deutschland mit einem Anteil von 3,1 Prozent (1999) auf Platz neun. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftministerium, Siegmund Mosdorf (SPD), sagte dazu am Montag in Bonn, die öffentlichen Beschaffungen der Vereinten

Nationen hätten bislang kaum die Beachtung der deutschen Wirtschaft gefunden. Dabei sei die UN ein wichtiger Referenzmarkt für andere internationale Organisationen. Die Ausrichter-Organisation der Tagung, die Berliner Wegweiser GmbH, erwartet, dass die UN ihre Aktivitäten in den nächsten Jahren erheblich ausweiten werden. „Die deutsche Wirtschaft darf hier den Anschluss nicht verpassen“, mahnte Beiratsvorsitzender Klaus von Dohnanyi. Wegweiser-Geschäftsführer Oliver Lorenz wies auf die große Bandbreite an Produkten und Dienstleistungen hin, die von der UN nachgefragt würden. Diese reiche von der Informations- und Kommunikationstechnologie über die Medizintechnik, die Wasseraufbereitung und Spezialfahrzeugen bis hin zu Consulting und Finanzdienstleistungen. Lorenz räumte ein, dass der UN-Markt besonders intensiv durch persönliche Kontakte gepflegt werden müsse. Die Ausschreibungsbedingungen seien aber ausreichend transparent.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.3.01

Bitte bis zum 10. Mai 2001 zurücksenden an:

VDBIO, Postfach 254, CH-1211 Genf 19

TEILNAHMEBESTÄTIGUNG

- a) An der 25. Ordentlichen Mitgliederversammlung am Montag, den 14. Mai 2001, nehme ich teil.

Zu den Punkten 6b (Aussprache über den Bericht und das weitere Aktionsprogramm) und 10 (Verschiedenes) der Tagesordnung schlage ich folgende Themen vor:

.....

Name (Blockschrift):

Organisation:

(Tel. Büro/Privat)

Unterschrift:

Datum:

VOLLMACHT

- b) An der 25. Ordentlichen Mitgliederversammlung am Montag, den 14.Mai 2001, nehme ich **nicht** teil.

Das VDBIO-Mitglied ist bevollmächtigt, mich zu vertreten.

Zu den Punkten 6b (Aussprache über den Bericht und das weitere Aktionsprogramm) und 10 (Verschiedenes) der Tagesordnung schlage ich folgende Themen vor:

.....

Name (Blockschrift):

Organisation:

(Tel. Büro/Privat)

Unterschrift:

Datum:

Mitgliedsbeiträge:

Sfr. 85.-- Euro/US\$ 55.- (für P3 und höher; CERN: ab Grad 10)

Sfr. 55.-- Euro/US\$ 35.- (Gen.Serv. und P1/P2; CERN: bis Grad 9)

Sfr. 48.-- Euro/US\$ 30.- (VN-Pensionäre und ehemal. Bedienstete)

Die Zahlungsmöglichkeiten und Kontonummern entnehmen Sie bitte

Seite 2 der Rundbriefe.

Bitte beachten Sie die VDBIO-Homepage unter:

www.vdbio.ch

mit neuesten Nachrichten, Hinweise auf kommende

Veranstaltungen, usw.